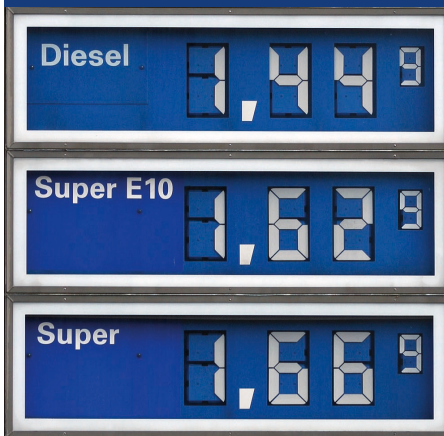


NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Dr. Thomas Ulmer MdEP: EU-Parlament lehnt EU-Dieselsteuer mit großer Mehrheit ab



Straßburg. Das Europäische Parlament hat aktuell mit einer großen Mehrheit gegen die Forderung der Kommission gestimmt, die Steuern für Diesel gegenüber dem Benzin zu erhöhen.

Die Grundüberlegung, den energieeffizienteren Diesel mit einer höheren Steuer zu belegen, sei unsinnig.

Der Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer (CDU), Mitglied im Europäischen Verkehrsausschuss, hatte sich im Vorfeld der Abstimmung für eine breite Mehrheit gegen die Pläne der Kommission stark gemacht: „Dieselfahrer in Deutschland sehen sich sowieso schon höheren Abgaben ausgesetzt. Sie dürfen nicht dafür bestraft werden, sich für eine effizientere Antriebstechnologie entschieden zu haben.“

Den Befürwortern der Dieselsteuererhöhung warf Ulmer vor, energiepolitische Ideologien zu verbreiten. Es gehe um die europä-

sche Vorherrschaft in der umweltfreundlichen Dieselschiffstechnologie, die nicht kaputt gemacht werden dürfe. Ulmer bekräftigte zudem, dass eine schreitende Erhöhung des Dieselpreises Gift für den Wirtschaftsmotor sei, der in einigen EU-Mitgliedstaaten gerade vehement stottere.

„Es ist uns mit dieser Abstimmung gelungen, ein klares Signal an den EU-Finanzministerrat zu senden, der die Pläne der Kommission nur einstimmig annehmen könnte. Deutschland und auch einige andere Länder haben bereits ihr Nein signalisiert.“

Dieses Beispiel habe gezeigt, dass Europa den Mitgliedstaaten keine steuerlichen Kompetenzen entreißen dürfe. Diese lägen einzig und allein in der hoheitlichen Kompetenz der Mitgliedstaaten und müssten dort auch verbleiben, so der Unionspolitiker.

Neues Fluggastdatenabkommen zwischen der EU und den USA ab dem 1. Mai 2012



rorkampf und gegen Kriminalität an einem gemeinsamen Strang zu ziehen und für die Sicherheit der Menschen zu sorgen“, so der Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Liberalen und der Grünen setzte die EVP-Fraktion das überarbeitete Fluggastdatenabkommen zwischen der EU und den USA durch.

Nicht alle „Wünsche“ der EU fanden Berücksichtigung, jedoch waren die USA der Europäischen Union weit entgegengekommen (u.a. bezüglich der Speicherzeit von Daten, des Rechtsschutzes und der Methode des Datentransfers).

PNR (Passenger Name Records) sind Fluggastdatensätze, die von den Fluggesellschaften bei transatlantischen Flügen pro Passagier angelegt und in den computergesteuerten Buchung- und Abfertigungssystemen gespeichert werden.

„Dieses Abkommen war wichtig geworden, um im Anti-Ter-

nach der Abstimmung. „Diese Daten sind über alle Grenzen hinweg von hohem Wert. Sicherheit und Frieden sollten über alle Länder hinweg gewährleistet sein, dies ist ein Grundgedanke der Europäischen Union. In einer globalen Welt müssen wir auch global denken. Die USA als souveräner Staat haben grundsätzlich das Recht, Informationen und Daten von Einreisenden abzufragen. Der Gedanke, dass es kein Abfragen der Daten ohne dieses Abkommen gäbe, ist ein absoluter Irrglaube“, erklärte Ulmer. Die Datenschutzstandards sind nun wesentlich höher als am beim vorherigen Abkommen. Das neue Abkommen, welches durch das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon notwendig wurde, wird nun am 1. Mai 2012 in Kraft treten.

Besuchergruppe im Europäischen Parlament



Besuchergruppe aus Mosbach und Umgebung

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Hoher Besuch im Europäischen Parlament: König Abdullah II. in Straßburg

In dieser Woche war der jordanische König Abdullah II. zu Gast im Europäischen Parlament in Straßburg.

Der jordanische König nutzte die Redezeit im Parlament, um auf die Fortschritte Jordaniens aufmerksam zu machen, die seit Beginn des Arabischen Frühlings letzten Jahres gemacht wurden. Ferner machte der Monarch auf die Aufgaben aufmerksam, welche noch vor Jordanien und den arabischen Ländern insgesamt liegen.

Schwerpunkte seiner Rede waren der Aufbau demokratischer Strukturen, der Aufbau einer Zivilgesellschaft, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Unterstützung der lokalen Entwicklungshilfe.

Um diese Ziele zu erreichen, wurde in enger Zusammenarbeit zwischen Jordanien und der Europäischen Union eine sogenannte Task-Force eingerichtet. König Abdullah II. betonte, wie wichtig und gut die Zusammenarbeit zwischen der EU und Jordanien sei. Ein gemeinsames Assoziierungs-

abkommen besteht schon seit 10 Jahren.

Frieden und wie dieser in der Region erreicht werden könne war ein weiterer wichtiger Punkt seiner Rede. So plädierte er für die Schaffung eines palästinensischen Staates. Nur dann könne es seiner Ansicht nach zu Frieden in der Region kommen. Dazu sei der Dialog mit Israel ein wichtiges Mittel. Auch hier sieht Abdullah II. eine wichtige Rolle der Europäischen Union.

„Die Position von Abdullah II. als Staatsoberhaupt von Jordanien wird durch die Einladung in das Europäische Parlament gestärkt. Bei dem jordanischen König handelt es sich um einen wichtigen Gesprächspartner der Europäischen Union.“

Die Demokratie in den Ländern des Arabischen Frühlings ist ein zartes Pflänzchen. Diesem Pflänzchen kann durch zu viel Einmischung von europäischer Seite geschadet werden“, sagte der baden-württembergische EU-Abgeordnete Dr. Thomas Ulmer.

gelten. „Die EU darf es nicht hinnehmen, dass die Schweiz Symbolpolitik für national Gesinnte auf Kosten der rechtsgültigen Abkommen mit der EU betreibt. Beide Seiten sollten an gutnachbarschaftlichen Beziehungen Interesse haben“, sagte Ulmer.

Down-Syndrom: Initiative zur Aufklärung auf den Weg gebracht

Mit einer großen Mehrheit der Abgeordnetenstimmen des Europäischen Parlaments wurde in dieser Woche eine Initiative von Dr. Thomas Ulmer MdEP und von weiteren Europaabgeordneten zu Kindern mit Down-Syndrom positiv entschieden und auf den Weg gebracht.

Das Down-Syndrom ist eine angeborene Störung der menschlichen Embryonalentwicklung, die Verzögerungen und Einschränkungen der geistigen und körperlichen Entfaltung verursacht. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind mit Down-Syndrom geboren wird, liegt bei 1 zu 600 - 1000 Geburten. Von daher ist es die häufigste genetische Ursache für Lernschwierigkeiten, die angeborenen Anomalien sind eine der Hauptsachen für Kindersterblichkeit und dauerhafte Behinderungen. Sie leiden an Geburtsfehlern, wobei Herzkrankungen am häufigsten auftreten.

In vielen Übereinkommen und Verträgen sind die Rechte von Menschen mit Behinderung geschützt. In der Charta der Grundrechte der Europäischen Union in Artikel 26 heißt es ausweisweise: „Die Union anerkennt und achtet den Anspruch von Menschen mit Behinderung auf Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Eigenständigkeit, ihrer sozialen und beruflichen Eingliederung und ihrer Teilnahme am Leben der Gemeinschaft“. Wie wichtig der Europäischen Union dieses Anliegen ist, zeigt sich am Übereinkommen der Vereinten

Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, in dem universelle Mindestnormen zum Schutz und zur Gewährleistung einer großen Bandbreite von bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten festgelegt sind und welches von der EU ratifiziert wurde.

Die Kommission, der Rat und die Mitgliedstaaten werden nun aufgefordert, mithilfe von Aufklärungskampagnen auf nationaler und europäischer Ebene zur sozialen Eingliederung von Kindern mit Down-Syndrom beizutragen, die Behandlung dieser Störung durch eine europaweite Forschung zu fördern und eine europäische Strategie zum Schutz der Rechte von Kindern mit Down-Syndrom in der Europäischen Union auszuarbeiten.

„Wir müssen die Rechte von gesundheitlich benachteiligten Menschen wahren und schützen. Vorurteile müssen abgebaut und die Integration von Menschen mit Down-Syndrom vorangebracht werden“, sagte Ulmer.

Wie erfolgreich Menschen mit Down-Syndrom sein können, dies zeigt sich an der Lebensgeschichte des Spaniers Pablo Pineda (*1975 in Málaga). Pineda ist Lehrer für Pädagogische Psychologie, Schauspieler und der erste Europäer mit Down-Syndrom, der einen Universitätsabschluss hat. Sein Leben wurde als Spielfilm mit ihm persönlich in der Hauptrolle unter dem Titel „Yo también („Ich auch“) verfilmt.

Schweiz beschließt weiteren unfreundlichen Akt gegenüber der EU

Beschränkung des Zuzugs von Osteuropäern / Bruch des Freizügigkeitsabkommens mit der EU / Symbolpolitik für nationale Befindlichkeiten



Die Schweiz verhält sich mit dem jüngsten Beschluss zur Kontingentierung der Einwanderung aus osteuropäischen Ländern wieder einmal unfreundlich gegenüber der EU.

„Die Politik der Nadelstiche geht weiter. Nach dem Streit um die Überflurrechte, die An- und Abflugrouten des Flughafens Zürich oder das dortige Verbot für deutsche Taxis bricht die Schweiz jetzt das Freizügigkeitsabkommen mit der EU. Das darf nicht folgenlos bleiben. Respekt und Freundschaft sollten wieder die Oberhand gewinnen“, fordert der Dr. Thomas Ulmer MdEP, der auch stellvertretender Vorsitzender der Delegation EU-Schweiz des Europaparlaments ist.

Auch die EU-Außenbeauftragte Ashton hatte den Beschluss des Schweizer Bundesrates, die Zuwanderung für acht osteuropäische Länder auf 2.000 Personen pro Jahr zu begrenzen, als Vertragsbruch kritisiert. Betroffen sind Zuwanderer aus Polen, Tschechien, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, der Slowakei und Slowenien. Die Maßnahmen sollen zunächst für ein Jahr

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantwortl.), Tarunstr. 21, 74821 Mosbach, Telefon 06261.893991 Telefax 06261.893069

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454 Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweis: Titelbild: © Matthias Busse; Foto Tankstelle / Kraftstoffpreise: © Matthias Busse; Foto Ulmer: © Matthias Busse; Besuchergruppe: © Heike Nahrgang; Foto: Flagge Schweiz (Image-ID: 464019); © Rainer Sturm / pixelio.de E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu